



### ***Raúl Palacios Salas, Gemeindevertreter aus Curbaradó, Kolumbien***

***Raúl Palacios Salas, Gemeindevertreter und Mitglied einer Humanitären Zone aus dem Flußgebiet Curbaradó im Nordwesten Kolumbiens besucht Deutschland mit dem Ziel auf die alarmierende Menschenrechtssituation in den Gemeinden Curbaradó und Jiguamiandó aufmerksam zu machen und die internationale Gemeinschaft um Unterstützung zu bitten***



***Peace Brigades International (pbi) begleitet und beobachtet den Prozess der Rückkehr der afrokolumbianischen Gemeinden auf ihre kollektiven Ländereien in Curbaradó und Jiguamiandó seit 2006. Zwischen 1996 und 1997 wurden die Gemeinden im Zuge der paramilitärischen Besetzung der Region gewaltsam vertrieben. Ihre Ländereien wurden daraufhin illegal für Palmöl- und Bananananbau sowie für die extensive Viehzucht besetzt. Seit 2001 beginnen einzelne Gemeinden auf ihr Land, für das sie einen kollektiven Besitztitel haben, zurückzukehren und Humanitäre Zonen zu gründen, mit denen sie versuchen, sich vor dem andauernden bewaffneten Konflikt zu schützen. Große Teile der Ländereien in Curbaradó und Jiguamiandó werden heute immer noch von Unternehmen und Großgrundbesitzern illegal besetzt. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur „Entschädigung der Opfer und Landrückgabe“ im vergangenen Jahr hat die Regierung Santos einen wichtigen Schritt für die Rückgabe von Land an Vertriebene vollzogen. Da es jedoch keine Sicherheitsgarantien für die Antragsteller der Landrückgabe gibt, ist die Rückkehr von Gemeinden auf ihr Land mit hohen persönlichen Gefahren verbunden. In Curbaradó und Jiguamiandó nehmen die Bedrohungen gegen Gemeindemitglieder je näher die Landrückgabe rückt zu. So wurde der Gemeindesprecher Manuel Ruiz und sein Sohn im März 2012 ermordet. Auch Raúl Palacios Salas erhielt im vergangenen Jahr Drohungen, nachdem er an einem Treffen mit der kolumbianischen Regierung teilgenommen und die prekäre Situation in Curbaradó angezeigt hatte.<sup>1</sup> pbi begleitet die Gemeinden vor Ort indirekt über die Begleitung der MenschenrechtsverteidigerInnen der Ökumenischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (Comisión Intereclesial de Justicia y Paz - CIJP).***

#### **Die Rückgabe des Landes**

Zwischen 1996 und 1997 wurden über 3.000 Menschen der afrokolumbianischen Gemeinschaften am Curbaradó und Jiguamiandó im Zuge der "Operation Genesis" von

Militär und Paramilitärs gewaltsam vertrieben. Danach wurde ihr Land illegal von Palmöl- und Bananenunternehmen und Viehzüchtern besetzt. Laut Regierungsangaben haben sie sich 17.720 Hektar Gemeindeland illegal angeeignet. In den folgenden Jahren begannen die Vertriebenen jedoch, auf ihr Land zurückzukehren. Sie gründeten Humanitäre Zonen als Schutzmechanismus inmitten des andauernden bewaffneten Konfliktes und haben erreicht, dass ihr kollektives Landrecht von den Behörden bestätigt wurde. Einige Teile des Landes nutzen sie bereits wieder. Andere sind durch Ölpalmsplantagen so zerstört, dass sie vorerst nicht mehr für die traditionelle Landwirtschaft nutzbar sind.

Zwar sind mehrere Palmölunternehmer inzwischen angeklagt worden, doch noch immer sind große Teile des Landes der Gemeinschaften von Unternehmern und Großgrundbesitzern illegal besetzt. Diese locken zudem Menschen aus anderen Regionen zur Ansiedlung an und schüren so soziale Konflikte. Auch das Verfassungsgericht hat die Rechte der Gemeinschaften im Mai 2010 bestätigt und Maßnahmen zu einer ordnungsgemäßen Landrückgabe angeordnet. Das Gericht hat eine Registrierung angeordnet, um festzustellen, wer vor der Vertreibung schon an den Flüssen Curbaradó und Jiguamiandó gewohnt hat und damit berechtigt ist, den neuen Gemeindevorstand zu wählen. Darum gibt es seit Jahren Streit. Es ist zu befürchten, dass Außenstehende sich registrieren lassen, um die Wahl zu beeinflussen. Insbesondere die Ansiedlungen von Personen aus anderen Regionen begründen diese Sorge. Vor dem Verfassungsurteil im Mai 2010 hatte das Innenministerium geplant, das Land offiziell an solche „Gemeinderepräsentanten“ zurückzugeben, die von den Menschen in den Humanitären Zonen nicht anerkannt sind und die angekündigt hatten, das Land nach der Rückgabe umgehend an Unternehmer zu verpachten. Das Verfassungsurteil stoppte diese „Übergabe“ im letzten Moment.

### **Hintergrund: Die Menschenrechtssituation in den Flussgebieten Curbaradó und Jiguamiandó**

Laut der Menschenrechtsorganisation CODHES gibt es in Kolumbien über 5,5 Millionen Binnenvertriebene. Mit der Verabschiedung des Gesetzes 1448 zur Entschädigung der Opfer und für Landrückgabe im Jahr 2011 hat die Regierung unter Präsident Santos die Grundlage für die Rückgabe von gewaltsam enteignetem Land geschaffen. Doch in den Jahren 2010 und 2011 wurden 26 Menschen ermordet, die ihr Land zurückforderten. Das staatliche Schutzprogramm für die Antragsteller/innen bietet ihnen keine ausreichende Sicherheit.

Im Mai 2010 hatte das Verfassungsgericht Kolumbiens ein hohes Risiko für die Gemeinden in Curbaradó und Jiguamiandó festgestellt. Um die Voraussetzungen für die Landrückgabe zu schaffen, ordnete das Gericht die Registrierung der Gemeindemitglieder, die Neuwahl des Gemeinderates sowie einen Schutzplan an, der gemeinsam mit den Gemeinden erarbeitet werden sollte. Erst Ende 2011 präsentierte die kolumbianische Regierung einen von ihr entworfenen Schutzplan. Im März 2012 stellte das Gericht jedoch fest, dass dieser nicht erfüllt wurde. Im Mai stellte das Verfassungsgericht erneut fest, dass keine ausreichenden Sicherheitsgarantien für die Wahl des Gemeinderates gegeben und der vorgelegte Schutzplan weder angemessen noch ausreichend sei, um die Sicherheit der Gemeindemitglieder zu garantieren.

Die Registrierung steht kurz vor dem Abschluss, und die bevorstehende Wahl des Gemeinderates bedeutet eine weitere Zuspitzung des Sicherheitsrisikos für die Gemeinden. Laut der Menschenrechtsorganisation Ökumenische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (Comisión Intereclesial de Justicia y Paz - CIJP) werden aktuell 45 Gemeindevertreter/innen bedroht, darunter die Gemeindesprecherin Maria Ligia. Im März

2012 wurde Manuel Ruiz sowie sein minderjähriger Sohn mutmaßlich von Paramilitärs ermordet. Er hat die Gemeinde bei der Umsetzung der Registrierung gegenüber staatlichen Stellen vertreten. Manuel Ruiz hatte zuvor Morddrohungen gegen ihn bei staatlichen Funktionären angezeigt und Schutzmaßnahmen beantragt. Schon 2005 wurde der Gemeindeglieder Orlando Valencia unter ähnlichen Umständen ermordet. Von 2005 bis 2010 wurden vier Gemeindeglieder allein aus Curbaradó ermordet.

Seit Beginn der Registrierung haben die Gemeinden zwei Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen, zwei Ermordungen sowie zwei Mordversuche angezeigt, ebenso eine stark zunehmende Präsenz von Paramilitärs. Im Februar 2012 stellte eine internationale Delegation von Menschenrechtsorganisationen fest, dass in großem Umfang Koka auf dem Land der Gemeinden gegen deren erklärten Willen angebaut wird. In Anbetracht der alarmierenden Situation bittet pbi die internationale Gemeinschaft sich für die Gemeinden der Flussgebiete Curbaradó und Jiguamiandó einzusetzen, indem sie:

- den kolumbianischen Staat auffordert, die Implementierung eines effektiven Schutz- und Präventionsplans umzusetzen.
- den kolumbianischen Staat auffordert, kollektive Schutzmaßnahmen, wie sie von den Gemeinden beantragt wurden, umzusetzen.
- sicherstellt, dass Repräsentanten der EU- Delegation und seiner Mitgliedsstaaten die Gemeinden vor Ort besuchen, sowie bei den Wahlen des Gemeinderates präsent sind.
- den kolumbianischen Staat auffordert, die Ermordung von Manuel Ruiz und seinem Sohn Samir Ruiz sowie jegliche Drohungen, die die Mitglieder der Humanitären Zonen erlitten haben, zu untersuchen, die Täter zu bestrafen und die Nicht-Wiederholung der Vorfälle zu garantieren.

<http://justiciapazcolombia.com/Video-de-reunion-con-el-gobierno#.UAKhRdWLI7E.email>